
6847/J XXIV. GP

Eingelangt am 12.11.2010

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordneten Dr. Karlsböck
und weiterer Abgeordneter

an den Bundesminister für Gesundheit
betreffend **Demenz und Alzheimer – der Umgang mit dem großen Vergessen**

Derzeit leiden in Österreich ungefähr 100.000 Personen unter einer demenziellen Erkrankung. Mit rund 63.000 Betroffenen stellt Alzheimer die häufigste Form der Demenz dar. Eine frühe Diagnose, frühe medikamentöse Behandlung und richtiger Umgang mit den Patienten kann die Symptome lindern. Jedoch ist diese Form der demenziellen Erkrankung ist bis heute nicht heilbar.

Die nach seinem Entdecker Alois Alzheimer benannte Erkrankung des Gehirns löscht Erinnerungen an das Leben des Betroffenen aus. Zu Veränderungen im Gehirn kommt es bereits 20 Jahre vor Auftreten der ersten Anzeichen. Die Betroffenen vergessen Ehepartner, Kinder, Enkel, Freunde, einfach alles. Viele Betroffene sind dadurch stark verunsichert und reagieren mit Aggression und auffälligem Verhalten.

Generell steigt die Häufigkeit von Demenzerkrankungen exponentiell mit dem Alter an. Aufgrund der zunehmenden Lebenserwartung der österreichischen Bevölkerung wird es dadurch auch zu einer enormen Zunahme an demenziellen Erkrankungen kommen. Experten gehen davon aus, dass bis zum Jahr 2050 die Zahl der Betroffenen auf rund 234.000 ansteigen wird. Somit entwickelt sich Alzheimer zur Volkskrankheit einer alternden Gesellschaft. Vor den damit zu erwartenden steigenden Kosten müssen tragfähige Konzepte entwickelt werden, denn schon derzeit betragen die jährlichen Kosten für die Versorgung Demenzkranker ungefähr 1,1 Milliarden Euro.

Etwa drei Viertel der Kosten der Betreuung von an Alzheimer erkrankten Patienten machen nicht medizinische Kosten aus. Einen Großteil der Kosten tragen die Angehörigen der Erkrankten bzw. erbringen diese in Form von Pflegeleistungen selbst. Diese teilweise enorme psychische und finanzielle Doppelbelastung wird augenscheinlich wenn man den Gesundheitszustand der Betreuungspersonen betrachtet. Mehr als ein Drittel leidet an Depression, und die Sterblichkeitsrate ist je nach Belastung gegenüber der Allgemeinbevölkerung um das fünf- bis siebenfache erhöht.

Vor diesem Hintergrund richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Gesundheit folgende

ANFRAGE

1. Welche Maßnahmen wurden bzw. werden umgesetzt um eine frühe Diagnose von Alzheimer zu gewährleisten, da die Betroffenen umso länger in häuslicher Pflege bleiben könn(t)en, je früher die Krankheit diagnostiziert wird?
2. Welche finanziellen Mittel wurden bzw. werden dafür bereitgestellt?
3. Welche Maßnahmen wurden bzw. werden umgesetzt, um den pflegenden Angehörigen mehr Unterstützung zukommen zu lassen?
4. Welche finanziellen Mittel wurden bzw. werden dafür bereitgestellt?
5. Welche Maßnahmen wurden bzw. werden umgesetzt um mobile Dienste weiter auszubauen und diese an den wachsenden Bedarf anzugleichen?
6. Welche finanziellen Mittel wurden bzw. werden dafür bereitgestellt?
7. Welche Maßnahmen wurden bzw. werden umgesetzt, um spezialisierte stationäre Einrichtungen weiter auszubauen bzw. neue Einrichtungen zu schaffen?
8. Welche finanziellen Mittel wurden bzw. werden dafür bereitgestellt?
9. Gibt es Studien, die die zukünftigen Kosten von Alzheimer in Österreich thematisieren?
10. Wenn ja, von wem und wann wurden diese Studien durchgeführt und zu welchen Ergebnissen kommen diese Studien?
11. Wenn nein, warum wurde dieser Aspekt noch nicht näher untersucht?